



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Maak Flatten: Scharnierzeit der Entspannungspolitik. Willy Brandt als Außenminister der Großen Koalition (1966-1969).

Bonn: J.H.W.Dietz Nachf., 2021 (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte Bd. 111), 759 S., ISBN 978-3-8012-4277-0

In der guten alten Zeit der Bonner Republik waren Große Koalitionen selbstverständlich eine Ausnahme. Selbst in der schwierigen Anfangszeit nach 1949 setzten sich auf Bundesebene Politiker durch, die eine starke Regierung und eine starke Opposition wollten und keine Allparteienregierung, wie es sie in manchen Bundesländern gab. Nach dem Scheitern der Regierung Erhard aus CDU/CSU und FDP im Herbst 1966 kam es dennoch zur Bildung einer Großen Koalition von CDU/CSU und SPD unter der Führung von Kurt Georg Kiesinger, des bisherigen CDU-Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, weil die einzige Alternative im Deutschen Bundestag, eine sozialliberale Koalition, allenfalls eine rechnerische, aber kaum eine politisch stabile Mehrheit gehabt hätte. Außenminister und Vizekanzler wurde der bisherige Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt.

Die meisten Beteiligten waren sich aber zunächst einig, dass dies nur eine Lösung bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 1969 sein sollte, nicht zuletzt, weil beide Seiten nach der nächsten Bundestagswahl auf eine für sie jeweils günstigere Konstellation hofften. Daher war die Große Koalition von Anfang an nur als Notbehelf gedacht, bis zur Rückkehr zu bürgerlichen unionsgeführten Regierungen oder als Übergang zu einer neuen politischen Konstellation, bei der die SPD auf die Hilfe des „Genossen Trend“ setzte. Trotz des sehr guten Wahlergebnisses für die Union 1969 behielt die SPD unter der Führung Brandts, der schon 1961 und 1965 ihr Spitzenkandidat gewesen war, recht. Die Große Koalition öffnete so den Weg der SPD zur Kanzlerpartei, und der Vizekanzler der Großen Koalition wurde der erste Bundeskanzler einer sozialliberalen Bundesregierung.

Auch in Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik erscheint die Große Koalition als Übergang von der als überholt angesehenen Politik der Ära Konrad Adenauer (Stichwort: Hallstein-Doktrin) zur Neuen Ostpolitik unter Brandt und seinem FDP-Vizekanzler Walter Scheel. Immer wieder wird auf die konzeptionellen Vorarbeiten verwiesen, die im Auswärtigen Amt unter Brandts engem Vertrauten Egon Bahr für die Politik nach 1969 geleistet wurden, ebenso auf die große Bedeutung, die die Vizekanzlerschaft für Brandt als Lehrzeit gehabt habe, trotz seiner langjährigen Berliner Regierungserfahrung.

Flatten legt mit seiner Arbeit eine gründliche und umfassende Untersuchung der Jahre Brandts als Außenminister vor, mit der er dieser Zeit eine größere Bedeutung für die Außenpolitik seines Protagonisten zuschreiben will, die mehr als eine bloße zeitliche Übergangsphase gewesen sei. Insofern soll diese Arbeit vor allem ein Beitrag zu einer wissenschaftlich fundierten Biografie Willy Brandts sein.



Als Ergebnis seiner Studie hält Flatten fest, dass die außenpolitischen Divergenzen zwischen Kiesinger und Brandt bzw. zwischen beiden Regierungsparteien größer und tiefergehend waren als oft angenommen und über bloße Kompetenzstreitigkeiten zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt weit hinausgingen, vor allem im Bereich der Ost- und Entspannungspolitik. Dabei gelang es den Akteuren der Großen Koalition zunächst durchaus gemeinsam, Anschluss an die westliche Entspannungspolitik zu finden und die drohende Gefahr einer relativen Isolierung abzuwenden. Allerdings wurden die Differenzen bereits kurz nach der Gründung der Großen Koalition deutlich sichtbar – bis hin zur Drohung mit dem Bruch der Koalition bei der Frage des Beitritts zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Während Brandt darin ein Instrument sah, mit dem andere Staaten den von der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1954 ausgesprochenen Atom-Verzicht für sich übernehmen, wollte offenbar vor allem der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß damit für Bonn die nukleare Option offenhalten.

Für die Deutschland- und Ostpolitik bedeutete die Große Koalition eine gewisse Entkoppelung von Fortschritten in der Entspannungspolitik und in der Deutschlandpolitik. Praktische Folgen Richtung Osten hatte dies jedoch kaum, auch weil die Jahre 1966 bis 1969 laut Flatten als konzeptionelle und politische Findungsphase zu werten sind. Das, was nach 1969 als Neue Ostpolitik umgesetzt werden sollte, lag im Herbst 1966 noch keineswegs in den Schubladen, weder in denen von Brandt noch in denen von Bahr. Das zentrale Element der Neuen Ostpolitik sollte der Gewaltverzicht sein, mit dem Brandt den Status quo zwischen Ost und West anerkennen wollte, aber nicht, um ihn, wie man auf CDU-Seite befürchtete, festzuschreiben, sondern um ihn zu verändern. Die Entwicklung dieses Konzepts schreibt Flatten sehr deutlich Brandt zu, den er, anders als manche Autoren, nicht nur als bloßen Verkäufer der Ideen Bahrs sieht.

Auf der Basis der vorliegenden Literatur und vor allem deutscher Quellen erörtert Flatten diese Fragen sehr gründlich und detailliert. Mehr als 700 Seiten bieten dafür reichlich Raum. Dabei hebt der Autor immer wieder die Eigenständigkeit der Außenministerjahre in der politischen Biographie Brandts hervor – über alle Themen und Phasen hinweg.

Sankt Augustin

Hans-Heinrich Jansen



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net